

► äußert sich darin, dass sich Bildungsarmut rasch in materielle Armut wandeln kann und dann den Sozialstaat belastet.

4. Selektive Bildung, schwacher Sozialstaat. Nur vier OECD-Staaten geben für beide Politikziele wenig aus. Die Türkei und Mexiko investieren im Vergleich mit den wohlhabenden Ländern eher geringe Beträge in Bildung und Sozialpolitik. Und in Japan und Südkorea sind zwar die privaten Bildungsausgaben sehr hoch, nicht aber die staatlichen.

Mithilfe dieser Muster analysieren die Wissenschaftlerinnen das Verhältnis zweier gegenwärtig diskutierter sozialpolitischer Leitbilder – den traditionellen Sozialstaat und den von Politikern und Wissenschaftlern als Alternative dazu ins Spiel gebrachten „Sozialinvestitionsstaat“. Die Autorinnen definieren die beiden seit etwa zehn Jahren kursierenden Konzepte so: Der Sozialinvestitionsstaat – auch „vorsorgender Sozialstaat“ genannt – soll Bürger zu starken Marktakteuren machen, sie mit Fähigkeiten ausstatten und aktivieren. Die Vertreter dieses Leitbilds heben die Bedeutung der Bildungspolitik hervor. Im Gegensatz dazu habe der traditionelle Sozialstaat – auch als „versorgender Sozialstaat“ bezeichnet – vor allem das Ziel, Härten des Marktes durch Transferleistungen aufzufangen.

Die Untersuchung der verschiedenen Kombinationen von Bildungs- und Sozialpolitik in den westlichen Industrieländern macht deutlich, dass die beiden Konzepte nicht im Gegensatz zueinander stehen. Sie können durchaus nebeneinander

realisiert werden, die nordeuropäischen Beispiele beweisen es. Im Unterschied dazu wurden die Versuche, in Deutschland ebenfalls einen Sozialinvestitionsstaat zu entwickeln, stets von Einschnitten beim Sozialstaat begleitet. Allmendinger und Nikolai warnen jedoch davor, den Sozialstaat zugunsten eines Sozialinvestitionsstaates zu beschneiden: Angesichts des selektiven Bildungssystems könne der Übergang von einem Modell auf das andere nicht gelingen – es mangelt an den Voraussetzungen. „Niedrig Gebildeten fehlen die notwendigen Grundlagen, Aktivierungsangebote auf dem Arbeitsmarkt gehen an ihnen weitgehend vorbei“, so die Studie. Die Aktivierungspolitik der Hartz-Gesetze zielte aus diesem Grund ins Leere.

Ein Sozialinvestitionsstaat kann nur auf hoher Bildungsdichte aufbauen, sagen die Forscherinnen. Gegenwärtig seien 22 Prozent der Erwachsenen in den EU-Staaten als bildungsarm zu betrachten: „Diese Personen tragen keinen sozialen Investitionsstaat, in sie wurde noch nicht investiert.“ Angesichts niedriger Weiterbildungsquoten dürfte sich das kaum ändern. Gute Bildung für breite Bevölkerungsgruppen sei wichtig, schließen die Autorinnen – sie könne soziale Absicherung aber nur ergänzen, nicht ersetzen. ◀

* Quelle: Jutta Allmendinger, Rita Nikolai: Bildungs- und Sozialpolitik: Die zwei Seiten des Sozialstaates im internationalen Vergleich, in: Soziale Welt, Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis 2/2010
Download unter www.boecklerimpuls.de

ARBEITSMARKT

Mehr Geringverdiener

Die Zahl der schlecht bezahlten Jobs nimmt weiter zu. Mehr als 6,5 Millionen Menschen bekamen 2008 einen Stundenlohn unter der Niedriglohnschwelle.

Seit 1998 ist der Niedriglohnsektor beständig gewachsen. 2,3 Millionen Geringverdiener sind im Verlauf eines Jahrzehnts dazugekommen. Dies geht aus aktuellen Berechnungen des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) hervor. Die Niedriglohnschwelle – zwei Drittel des mittleren Stundenlohns – lag 2008 bei einem Bruttostundenlohn von 9,50 Euro im Westen und 6,87 Euro in Ostdeutschland. In den alten Ländern beziehen 18 Prozent aller Beschäftigten einen Niedriglohn, in den neuen sogar 40 Prozent.

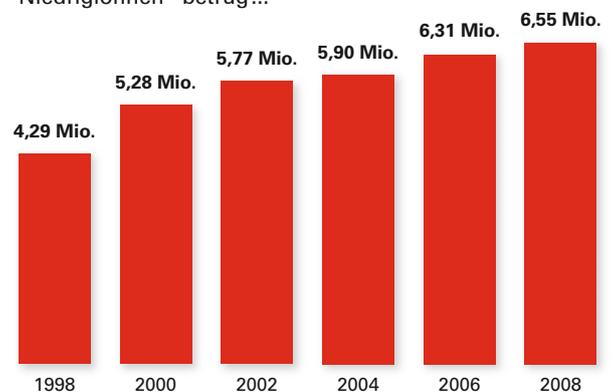
Bis 2007 hat nicht nur die Zahl derer mit einem Einkommen knapp unter der Niedriglohnschwelle zugenommen: Unter den Geringverdienern ist der Anteil der sehr schlecht bezahlten gestiegen – mit Löhnen, die weniger als der Hälfte oder eines Drittels des mittleren Stundenlohns entsprechen.

„Weder die Sittenwidrigkeitsgrenze noch branchenbezogene Mindestlöhne können die Ausdifferenzierung des Lohnspektrums wirksam begrenzen“, urteilt das IAQ. Daher sei ein gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland unverzichtbar. Würde man sich am relativen Niveau anderer europäischer Länder orientieren, müsste in Deutschland ein gesetzlicher Mindestlohn zwischen 5,93 Euro und 9,18 Euro eingeführt werden. ◀

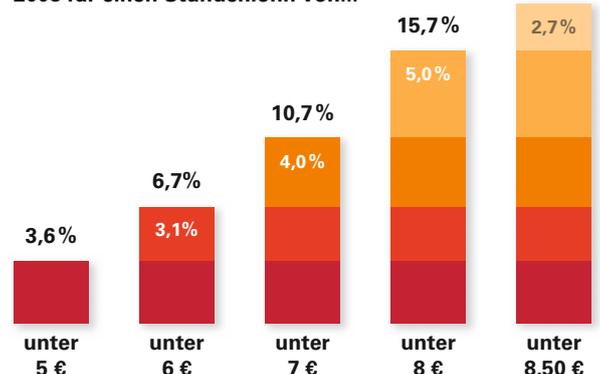
* Quelle: Thorsten Kalina, Claudia Weinkopf: Niedriglohnbeschäftigung 2008: Stagnation auf hohem Niveau, IAQ-Report 6/2010
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Niedriglohn: Expandierender Sektor

Die Zahl der Beschäftigten mit Niedriglöhnen* betrug ...



Von allen abhängig Beschäftigten arbeiteten 2008 für einen Stundenlohn von ...



* weniger als 2/3 des Median-Bruttostundenlohns, abhängig Beschäftigte inkl. Minijobs; Quelle: IAQ 2010, Berechnungen auf Basis SOEP 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010